Leibniz-Sozietät/Sitzungsberichte *62(2003)6, 47–63*

Jürgen Dorbritz

Entlassen aus den alten Institutionen – der Wandel in den Familienbildungsmustern und der Familienpolitik in Ostdeutschland

1. Einleitung

Das Ende der DDR hat zu einem generellen Austausch aller sozialen Institutionen geführt. „Wir haben in den Ländern der ehemaligen DDR eine einzigartige experimentelle Situation, in der das gesamte Institutionen- und Rechtssystem schlagartig ausgetauscht wird, aber die Mentalitäten, die eingeübten Verhaltensweisen und die subjektiven Befindlichkeiten zunächst weiterbestehen“, schrieb Rainer Lepsius 1991 (72). Dies gilt auch für den Wandel der sozialen Institution Familie und die Muster der Familienbildung. In diesem Beitrag wird gezeigt, wie sich dieser Wandel in den neuen Bundesländern ausgewirkt hat, welche Veränderungen man erwarten konnte und welche eingetreten sind. Begonnen wird mit der Beschreibung der Institution Familie in der DDR und den dazu gehörigen Familienbildungsmustern. An eine Darstellung der Geschichte der Sozial- und Bevölkerungspolitik schließt sich die Beschreibung des institutionellen Wandels und seiner Auswirkungen an. Einen besonderen Schwerpunkt bilden dabei die Veränderungen im Konzept der sozialen Sicherheit im Kontext der gesamten Systemtransformation.

2. Die Institution Ehe und die West-Ost-Unterschiede

Soziale Institutionen sind relativ stabile Verhaltensmuster, die von der Gesellschaft als Ordnungsgefüge zur Orientierung für das individuelle Verhalten bereitgestellt werden. Wie alle übrigen sozialen Institutionen bestimmt auch die Institution der Familie Handlungsoptionen, indem bestimmte Verhaltensmuster gestärkt oder geschwächt werden (Lepsius 1991: 73). Verändern sich solche sozialen Institutionen, dann spricht man von Institutionalisierung oder Deinstitutionalisierung. Ein Institutionalisierungstrend liegt vor, wenn die Institution durch die Gesellschaft gestärkt wird oder die von der Institution angebotene Verhaltensausrichtung in der Bevölkerung häufiger gelebt wird. Aus

der Sicht der Institution Familie wäre dies z.B. die Orientierung auf die Lebensform Ehe und der darauf beruhenden dauerhaft angelegten vollständigen Familie. Solche Situationen hatten in West- und Ostdeutschland in den 60er Jahren in sehr ähnlicher Weise bestanden. Deinstitutionalisierung tritt dann ein, wenn sich die Institution als Rechts- und Normengefüge ändert oder aber das vorgegebene Verhaltensmuster abgeschwächt oder kaum noch gelebt wird. Letzteres ist die Position der Individualisierungstheoretiker. Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (1996: 120) schrieb dazu: „'Auflösung einer Institution' heißt im Zusammenhang unseres Themas: die soziale Verbindlichkeit einer bestimmten Lebensform ist verlorengegangen, was sich darin zeigt, dass Abweichungen davon nicht mehr durch soziale Kontrolle sanktioniert werden. Relativ unerheblich ist dabei, wie viele Menschen die eine oder andere Beziehungsform faktisch leben". Aus der Sicht der Familie ist in einem solchen Fall die Folge, dass die auf Ehe aufbauende Familie nicht mehr das mit Selbstverständlichkeit gewählte Lebensmodell ist, sondern mit den nicht mehr diskriminierten alternativen Lebensformen neue Biographieoptionen entstehen. Man spricht heute in diesem Kontext von einer Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen, auch wenn dies in der Familiensoziologie kontrovers diskutiert wird. Letztlich ist aber gemeint, dass Ehe und Familie nicht mehr das alleinig dominierende Lebensmodell ist und neben dem Grundmodell auch andere Lebensformen eine größere Bedeutung erlangen.

Die soziale Institution der Familie wird durch die Gesellschaft in Gestalt einer ganzen Reihe von rechtlichen Regelungen, öffentlichen Moralvorstellungen, Traditionen, Konzepten der Familienpolitik, Formen der sozialen Kontrolle oder religiösen Normen geformt. Das war in der ehemaligen DDR nicht anders als im heutigen Deutschland. Allerdings hatte die Institution Familie in West- und Ostdeutschland, da in grundsätzlich verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnissen platziert, neben Gemeinsamkeiten auch eine jeweils besondere Gestalt. Für die ehemalige DDR galt:

- Religiöse Normen haben aufgrund der besonderen Situation der Kirche im sozialistischen Gesellschaftssystem die Institution kaum gestützt.
- Die Tradition der Eheschließung ist im geschlossenen Gesellschaftssystem der DDR erhalten geblieben. Die Institution Ehe ist durch das Verhaltensmuster der nahezu vollständigen Verheiratung gestützt worden.
- Die Politik der sozialen Sicherheit und die pronatalistische Familien- und Bevölkerungspolitik haben zur Stabilisierung des Verhaltensmusters ‚Heiraten und Kinder haben' beigetragen. Allerdings waren in dieser Po-

litik auch Deinstitutionalisierungstendenzen angelegt, die aber nicht die Entwicklung dominierten.
- Ein liberales Scheidungsrecht und eine hohe Scheidungshäufigkeit haben zur Schwächung der Institution Ehe beigetragen.

Man fand bis 1989 in West- und in Ostdeutschland sowohl Deinstitutionalisierungs- als auch Institutionalisierungstrends. Stabilisierend auf die Institution Ehe und Familie hat in erster Linie das Gesellschaftskonzept des Sozialismus gewirkt. In der geschlossenen Gesellschaft DDR waren Individualisierungstrends kaum anzutreffen. Damit wurden traditionelle Verhaltensmuster weitgehend konserviert. Flankiert wurde dies von einer Sozial-, Familien- und Bevölkerungspolitik, die mit ihren Maßnahmen signalisierte, dass Familienbildung erwünscht ist. Rechtlich gesehen ist die Institution durch die Vereinfachung der Scheidung eher geschwächt worden. Ihre hohe Bedeutung hat sie vor allem aus dem Verhalten der Menschen erlangt, die das Handlungsangebot ‚Heiraten und Kinder haben' angenommen haben. Eine komplementäre Situation fand sich in Westdeutschland. Die Institution Ehe ist rechtlich stärker gestützt, wurde aber seltener aufgrund von Kinderlosigkeit und Ledigbleiben als Verhaltensmuster angenommen. Die Deinstitutionalisierung ist in Westdeutschland verhaltensgestützt.

3. Die Sozial- und Bevölkerungspolitik der DDR

In den nachfolgenden Abschnitten soll auf die Ausgestaltung der Sozial- und Bevölkerungspolitik in der DDR bis 1989 eingegangen werden. Dabei wird auf das Gesellschaftskonzept Sozialismus Bezug genommen, ohne das die Ziele und Maßnahmen der sozialistischen Sozial- und Bevölkerungspolitik nicht zu verstehen sind.

Sieht man sich die Entwicklungen in diesen Politikbereichen über die Geschichte der DDR an, dann kann man zwei Phasen unterscheiden – erstens die Phase der Frauenpolitik bzw. Politik zur Gleichstellung der Geschlechter und die Phase der Politik der sozialen Sicherheit und der pronatalistischen Bevölkerungspolitik (Dorbritz/Fleischhacker 1995: 160ff.).

Phase 1 – Frauenpolitik

In den ersten Jahrzehnten der DDR wurde zunächst noch keine ausdrückliche pronatalistische Bevölkerungspolitik betrieben. Der notwendige Neuaufbau nach den Zerstörungen des 2. Weltkrieges und der hohe Anteil der männlichen Bevölkerung an den Kriegstoten erhöhte zwangsläufig die Bedeutung, die den

Frauen in den Nachkriegsjahren im Prozess des wirtschaftlichen und sozialen Neuanfangs zukam. Das fand in einer noch bruchstückhaften Frauenpolitik seine Entsprechung. Sie zielte darauf ab, die weibliche außerhäusliche Erwerbstätigkeit und die hieraus erwachsende ökonomische Emanzipation der Frauen zu fördern.

Darin kommen bereits zwei grundlegende politische Ziele zum Ausdruck, die sich durch die gesamte Geschichte der sozialpolitischen Entwicklung der ehemaligen DDR ziehen: zum einen die Gewährleistung der Gleichberechtigung von Frau und Mann und zum anderen die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit. Schon in der ersten Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 wurde die Gleichberechtigung der Frau als Staatsziel formuliert. Dieser verfassungsmäßig proklamierte Grundsatz fand seinen Ausdruck in einer Reihe von sozialpolitischen Gesetzen und Verordnungen, die die Konflikte zwischen Berufstätigkeit und Mutterschaft mindern sollten. Für all diese Gesetze und Verordnungen war charakteristisch, dass sie nicht explizit auf eine Veränderung des Geburtenverhaltens abzielten. Die hohen Geburtenzahlen in der Zeit des ‘golden age of marriage’ der 60er Jahre gaben dazu aber auch keinen Anlass. Ergänzung fanden die Regelungen zur Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozess durch Verbesserungen des Gesundheitsschutzes von Mutter und Kind.

In den 60er Jahren wurden dann weitere charakteristische Linien der Frauen-, Familien- und Bevölkerungspolitik deutlicher sichtbar. Um die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit zu gewährleisten, wurde mit der Ausweitung der staatlichen Kinderbetreuung begonnen, was sich in den 70er Jahren verstärkt fortsetzte. 1970 betrug der Versorgungsgrad bei Kinderkrippen noch 29,1 % und bei Kindergärten 64,5 %. Innerhalb von 5 Jahren waren die außerhäuslichen Betreuungseinrichtungen schon deutlich erweitert. Der Versorgungsgrad mit Kindergartenplätzen entsprach 1975 mit ca. 85 % dem aktuellen Bedarf, während in Kinderkrippen etwa die Hälfte aller Kinder betreut wurde. Zum Ende der DDR hatte dieser Betreuungsgrad dann mehr als 80 % erreicht.

Gleichzeitig begann man die Platzierungschancen der Frauen in der Erwerbssphäre zu verbessern. Die Frauenpolitik ist in dieser Zeit auf die besondere berufliche Bildung und Qualifizierung der Frauen konzentriert worden. Manifestiert ist dies im 1961 erschienenen Kommuniqué des Politbüros der SED ‘Die Frau – der Frieden und der Sozialismus’. Darin wurde das Leitbild der erwerbstätigen Mutter zementiert. Allerdings konnte der formulierte Anspruch einer konfliktlosen Verbindung zwischen der weiblichen Erwerbsbio-

graphie und der Geburt von Kindern sowie dem Zusammenleben mit ihnen in der Familie auch in den 60er Jahren nicht erfüllt werden und ist auch bis zum Ende der DDR 1990 niemals Realität geworden.

Damit konnte auch ein wesentliches politisches Ziel der ehemaligen DDR, der Abbau geschlechtstypischer Unterschiede in der sozialen Position von Frau und Mann, nicht erreicht werden. Die Beurteilung dieser Situation durch diejenigen, die die politische Macht ausgeübt haben, sah jedoch anders aus. Zum Indikator der Gleichberechtigung wurde das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung der Frauen erhoben und mit der nahezu vollständigen Einbeziehung der Frauen in das Erwerbsleben dann auch erreicht. Der Grad der Frauenerwerbstätigkeit, der 1970 bei 78,2 % lag, stieg bis 1975 auf 84 % und erreichte in den 80er Jahren mehr als 90 %.

Damit ist im wesentlichen die erste Phase der Ausgestaltung des Systems der Frauen-, Familien- und Bevölkerungspolitik charakterisiert. Diese erstreckte sich von der Gründung der DDR im Jahr 1949 bis zum Beginn der 70er Jahre. Als wesentliche Merkmale des Abschnitts bis zum Ende der 60er Jahre gelten das ausschließliche Adressieren von Maßnahmen an Frauen sowie der weitgehende Verzicht auf politische Maßnahmen mit dem Ziel der Geburtenförderung. Den nächsten Abschnitt kennzeichnet dann die Ergänzung der Frauenförderung durch eine pronatalistische Bevölkerungspolitik.

Phase 2 – Bevölkerungspolitik

Der zweite Abschnitt der Frauen-, Familien- und Bevölkerungspolitik, bis zum Ende der DDR reichend, begann faktisch mit dem 8. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei (SED) im Jahr 1971.

Als neue Politikelemente traten hinzu, dass die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit um die Momente der Familienplanung und des Pronatalismus erweitert wurden. Die Legitimation des Schwangerschaftsabbruchs ab dem 9. März 1972, die die Entscheidung über den Abbruch innerhalb der 12-Wochen-Frist ausschließlich in den Verantwortungsbereich der Frau legte, wurde von geburtenfördernden Maßnahmen der Bevölkerungspolitik begleitet, die schrittweise bis in die 80er Jahre hinein ausgebaut wurden. Bevölkerungspolitik wurde jedoch nicht nur als Geburtenförderung, sondern in einem weiten Sinn als ein in die Gesamtpolitik integrierter Bestandteil verstanden. Die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, die Ausgestaltung der sozialen Sicherheit, die Erhöhung des Lebensstandards und die Förderung der Gleichberechtigung sollten auch über die Bevölkerungspolitik umgesetzt werden. Definiert wurde sie wie folgt: „Die sozialistische Bevölkerungspoli-

tik nimmt mittels materieller, finanzieller, juristischer und ideologisch-erzieherischer Maßnahmen und Mittel Einfluß auf die Herausbildung der für die sozialistische Gesellschaft erforderlichen Bevölkerungsreproduktion, -entwicklung und -struktur sowie auf die im Zusammenhang mit der Standortverteilung der Produktivkräfte erforderliche räumliche Bevölkerungsbewegung“ (Manz/Winkler 1988: 48).

Die Grundlagen für eine solche Entwicklung wurden bereits mit dem Familiengesetz der DDR aus dem Jahr 1965 geschaffen und später vor allem im Programm der SED politisch festgeschrieben, das 1976 beschlossen wurde. Darin hieß es: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands widmet der Förderung der Familie, der Fürsorge für Mutter und Kind sowie der Unterstützung kinderreicher Familien und junger Ehen große Aufmerksamkeit. Die materiellen Aufwendungen und Leistungen, die mit der Geburt, Betreuung und Erziehung der Kinder verbunden sind, werden in wachsendem Maße von der Gesellschaft getragen und anerkannt“ (Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1976: 25). Die Zielstellungen auf dem Gebiet der Familienförderung waren zunächst allgemein im Sinne sozialpolitischer Orientierungen formuliert, stellten aber die politischen Grundlagen der pronatalistischen Bevölkerungspolitik dar. Hiervon ausgehend definierte sich die DDR als ein Land, das eine aktive Bevölkerungspolitik, verstanden als Geburtenförderung, betreibt, das aber offiziell keine quantitativen Vorgaben über die Entwicklung der Bevölkerungszahl und -strukturen formulierte. Intern war es indes unbestritten, dass das Wiedererreichen des Ersatzes der Elterngenerationen als bevölkerungspolitische Zielstellung galt. In 1979 veröffentlichten Thesen zur demographischen Entwicklung der DDR kann man es nachlesen: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist aus gesellschaftlicher Sicht die Familie mit zwei bis drei Kindern als erstrebenswertes, der sozialistischen Lebensweise adäquates und gesellschaftlichen Erfordernissen gerecht werdendes familiäres Ziel zu betrachten. ... Die einfache Reproduktion (der Bevölkerung) ... ist aus ökonomischen Gründen, aus Gründen der Familienentwicklung und der Herausbildung der sozialistischen Lebensweise notwendig, weshalb die Orientierung auf diese Familiengröße (mit 2 bis 3 Kindern) – ungeachtet aktueller Realitäten und Möglichkeiten – bestehen bleiben und als langfristige Orientierung unserer Bevölkerungs- und Familienpolitik angesehen werden muss“ (Probleme der demographischen Entwicklung bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR: 771). An dieser Politik der Bestandssicherung der Bevölkerung und der hohen Erwerbsbeteiligung der Frauen wurde bis zum

Zusammenbruch des politischen und ökonomischen Systems der DDR festgehalten, obwohl schon zu Beginn der 80er Jahre nicht mehr übersehen werden konnte, dass die einfache Reproduktion der Bevölkerung eine illusorische Zielstellung geworden war.

Endgültig eingeleitet wurde die pronatalistische Einflussnahme auf die Geburtenentwicklung erst 1976. Zunächst waren, um die zu erwartenden Negativwirkungen der Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs 1972 einzugrenzen, im Vorfeld 1971 abfedernde Maßnahmen wirksam geworden, die aber noch nicht als direkt pronatalistisch bezeichnet werden können. Es sind vielmehr die bis dahin entwickelten Linien der Familienförderung fortgeführt worden. Dazu gehörten:

- die Frauenförderung mit dem Ziel der Gleichstellung in allen Lebensbereichen,
- die Gewährleistung des Rechtes auf Arbeit und
- die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit.

Eine pronatalistische Einflussnahme auf die Geburtenentwicklung setzte letztlich erst ein, als mit der ungehinderten Inanspruchnahme des Schwangerschaftsabbruchs die Geburtenzahlen nach 1972 deutlich zu sinken begannen. Damit wurde aus der damaligen Sicht auf das Verhältnis von Bevölkerung und Gesellschaft ein pronatalistischer Handlungsbedarf immer dringlicher. 1976 wurden dann bevölkerungspolitische Maßnahmen in Kraft gesetzt, die eindeutig pronatalistischen Charakter trugen. Das nach und nach ausgebaute System der Bevölkerungspolitik bestand aus folgenden Maßnahmen:

- Die Verlängerung des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs von 18 auf 26 Wochen.
- Die finanzielle Unterstützung bei der Geburt der Kinder durch eine einmalige Geburtenbeihilfe.
- Die Einführung des sogenannten ‚Babyjahres', die bezahlte Freistellung von der Arbeit bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes bei einem allerdings relativ niedrigen Entgelt.
- Die Vergabe zinsfreier Kredite für die Eheschließung und eine eingeschränkte Rückzahlung bei nachfolgender Geburt von Kindern.
- Die Verkürzung der Arbeitszeit sowie eine Verlängerung des Jahresurlaubs von Frauen mit Kindern.
- Die Freistellung von der Arbeit von Frauen zur Pflege erkrankter Kinder.
- Die besondere finanzielle Unterstützung kinderreicher Familien.
- Die soziale Abfederung Alleinerziehender.
- Die besondere Förderung studierender Mütter.

Unter diesen Maßnahmen sind eine ganze Reihe mit eindeutig pronatalistischer Orientierung auszumachen. Diesen Charakter erhielten sie durch die erheblichen finanziellen Anreize, deren Wirkungen eindeutig auf den Zeitpunkt der Geburt der Kinder konzentriert waren bzw. die Geburt von mehr als 2 Kindern unterstützten. Geburtenbeihilfen von 1000 Mark, ein nach der Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld und ein Ehekredit von 5000 Mark, der mit der Geburt von 3 Kindern getilgt war, stehen für eine aktive Geburtenpolitik.

Die Familienförderung war zu einem ambivalenten Verhältnis geworden zwischen dem Recht auf individuelle Geburtenkontrolle (kostenloser, freier Zugang zu Kontrazeptiva und die faktisch uneingeschränkte Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs) und der sozialpolitischen Zielstellung, hohe Geburtenzahlen mit einer hohen Frauenerwerbsbeteiligung zu verknüpfen. Norbert Schneider (1994: 65) bezeichnet dies als das Dilemma der DDR-Familienpolitik, die in ein Spannungsfeld konkurrierender Zielsetzungen geraten war. Dies Beispiel zeigt uns auch, dass in der DDR kein konsequenter Pronatalismus betrieben wurde.

Vollständig gerecht werden kann man den bevölkerungs- und familienpolitischen Orientierungen nur, wenn man sie im Rahmen des Gesellschaftskonzepts Sozialismus betrachtet. Zwei Zielstellungen sind herauszuheben: Erstens wurde immer wieder die Harmonisierung und planmäßige Gestaltung der Beziehung zwischen Ökonomie, Lebensweise und Bevölkerungsentwicklung herausgestellt. Dies bedeutete, dass aus der gesellschaftlichen Sicht das Ziel der einfachen Bevölkerungsreproduktion formuliert wurde. Auf die familiale Ebene übertragen bedeutete dies nichts anderes als zur Zielstellung der Familie mit zwei bis drei Kindern zu gelangen. Bevölkerungspolitik wurde in diesem Kontext als Mittel gesehen, die Interessenübereinstimmung zwischen Familie und Gesellschaft zu fördern. Dies bedeutete gleichzeitig die Subsummierung der Familie unter die gesellschaftlichen Interessen. Zweitens ist Familien- und Bevölkerungspolitik als Bestandteil der Sozialpolitik und diese wiederum als integratives Element der Gesamtpolitik gesehen worden. Im Zentrum der Sozialpolitik stand die Politik der sozialen Sicherheit, der ein Primat gegenüber allen anderen sozialen Politiken zugewiesen wurde. Über die Sozialpolitik sollte ein Beitrag zur Erreichung des ökonomischen Grundgesetzes, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes geleistet werden. Somit ist auch Bevölkerungspolitik als gesellschaftsgestaltende Aktivität gesehen worden. Die Bevölkerungspolitik war daher auch nicht nur mit quantitativen Zielen verknüpft, wenngleich ein langfristig stabiles Geburtenniveau und seit

den 70er Jahren das Wiedererreichen der einfachen Bevölkerungsreproduktion herausgehobene Orientierungen waren. Als weitere quantitative Ausrichtungen waren das Verhindern ungünstiger Entwicklungen in der Alters- und Beschäftigtenstruktur und die Verringerung der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche formuliert worden. Mit der Sozial- und Bevölkerungspolitik sollten aber auch solche Bedingungen geschaffen werden, dass Kinderwünsche erfüllbar werden, verantwortungsbewusste Elternschaft möglich wird, Alleinerziehende sozial gesichert sind und negative Auswirkungen auf die sozialistische Lebensweise vermieden werden. Eine ausführliche Beschreibung und Auseinandersetzung mit der Bevölkerungspolitik der DDR ist von Jürgen Cromm (1998) geleistet worden.

4. Der Wandel in den Mustern der Familienbildung

Immer wieder wird gefragt, ob die pronatalistische Bevölkerungspolitik Auswirkungen auf die Geburtenhäufigkeit gehabt hat. Eine solche Frage ist naturgemäß nur schwer zu beantworten und die Antwort kann nicht quantitativ erfolgen. Um sich einer Bewertung anzunähern, werden in den Abbildungen 1 und 2 die Trends der zusammengefassten Geburtenziffern und der endgültigen Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge dargestellt.

Die zusammengefassten Geburtenziffern zeigen uns, dass auf den ersten Blick bis zur Mitte der 70er Jahre die Geburtenentwicklung identisch verlief. In Westdeutschland hatte sich zwischen 1965 und 1975 Europe's Second Demographic Transition vollzogen. Dieser auf einer Individualisierung der Verhaltensmuster beruhende demographische Wandel hatte in der DDR nicht stattgefunden. Vielmehr wurde 1972 der Schwangerschaftsabbruch legalisiert und damit ein Geburtenrückgang eingeleitet, der bis 1974 dem westdeutschen Verlauf folgte. Das Installieren der bereits beschriebenen sozial- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen führte dann zu einem Wiederanstieg der zusammengefassten Geburtenziffern, die dann in den 80er Jahren wieder zurückgingen, aber über dem westdeutschen Niveau verblieben. An dieser Stelle ist festzustellen, dass die zwei wesentlichen quantitativen Zielstellungen, ein stabiles Geburtenniveau und das Erreichen des einfachen Ersatzes der Elterngenerationen, nicht realisiert werden konnten. Der Geburtenanstieg in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurde zunächst als sozialpolitischer Effekt gesehen. Diese Einschätzung musste jedoch später zum Teil relativiert werden. Der Anstieg wurde nur dadurch möglich, dass die Geburtenhäufigkeit durch die hohe Zahl der Schwangerschaftsabbrüche auf ein niedriges Niveau gefallen war. Man hatte es also mit einem Tempoeffekt zu tun – es

wurden Geburten nachgeholt. Es soll aber nicht behauptet werden, dass die Familienpolitik der DDR völlig ohne Einfluss auf die Geburtenhäufigkeit geblieben ist.

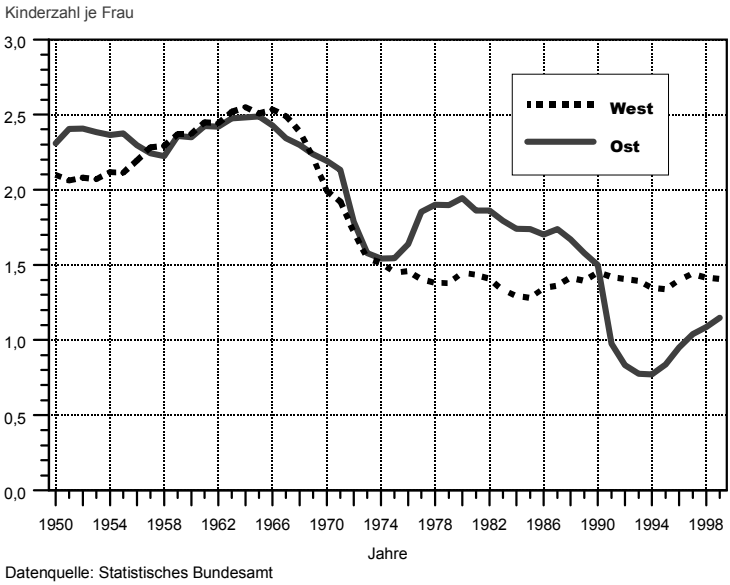

Abb. 1: Zusammengefasste Geburtenziffern in West- und Ostdeutschland, 1950–2001

Sieht man sich die Abbildung 2 an, dann ist unschwer zu erkennen, dass die Geburtsjahrgänge 1941 bis 1964 in der DDR mehr Kinder hatten als die in Westdeutschland. Die endgültige Kinderzahl hatte bis zum Geburtsjahrgang 1959 1,8 betragen. Dies muss als ein Effekt der Sozial- und Bevölkerungspolitik der DDR gesehen werden, mit der kein Anstieg der Geburtenzahlen erreicht werden konnte, aber mit der ein Geburtenrückgang verhindert wurde. Ob dieser Effekt nun auf den pronatalistisch konzipierten Teil der Bevölkerungspolitik zurückzuführen ist, kann nicht eingeschätzt werden. Es ist aber eher davon auszugehen, dass die Gesamtheit der Umstände des Lebens in der DDR zu einem besonderen Muster der Familienbildung geführt hat.

Dazu gehören neben der etwas höheren Geburtenhäufigkeit:

- die frühe Heirat und frühe Geburt der Kinder,
- die niedrigen Anteile ledig bleibender,
- die geringe Kinderlosigkeit und

- die hohen Anteile an Kindern, die von unverheirateten Müttern geboren wurden. Hier hat man es allerdings mit einem sozialpolitischen Mitnahmeeffekt zu tun. Maßnahmen der sozialen Sicherung für Alleinerziehende (Zugang zur staatlichen Kinderbetreuung, bezahlte Freistellung von der Arbeit bei Krankheit des Kindes) wurden in Anspruch genommen. War man dann nicht mehr anspruchsberechtigt, ist die Eheschließung nachgeholt worden.

Dieses Muster hatte mit Ausnahme der hohen Nichtehelichenquote in den 60er Jahren auch in Westdeutschland Bestand, wurde aber nur in der DDR bis zu deren Ende konserviert. Vier Gründe lassen sich dafür anführen:

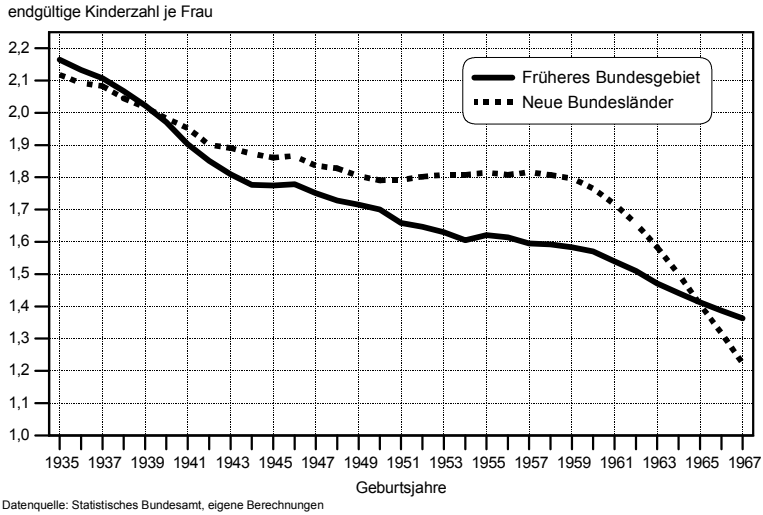

Abb. 2.: Endgültige Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge 1935 bis 1967 in West- und Ostdeutschland

Erstens haben die gesellschaftlichen Umstände in der DDR die kulturelle Tradition der Orientierung auf Familie indirekt bewahrt. Ideelle Veränderungen, die Europe's Second Demographic Transition unterstützt haben, etwa individuelle Autonomie oder die Toleranz individualistischer Verhaltensmuster sind in sozialistischen Gesellschaften mit einer Einheitsideologie, einer starken Subsummierung der Individuen unter die Gesellschaft und ausgeprägter Intoleranz gegenüber Abweichungen kaum möglich. Ein Wertewandel, wie er sich in Westeuropa vollzogen hatte, konnte unter solchen Umständen nicht eintreten.

Zweitens ist die ausgeprägt geburtenfördernde Sozial- und Bevölkerungspolitik, deren Effekte bereits diskutiert wurden, zu erwähnen. Es sind damit positive Signale für Familiengründungen gesetzt worden, auf die die Menschen reagiert haben. Und wenn es auch keinen nachhaltigen Anstieg der Geburtenhäufigkeit gegeben hat, so ist doch die zusammengefasste Geburtenziffer auf einem höheren Niveau verblieben.

Drittens unterstützte die wirtschaftliche und soziale Entwicklung die typischen Muster der Familienbildung. Dazu gehörte die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit als eines der wesentlichen politischen Ziele. Die darin angelegten Rollenkonflikte für Frauen wurden vom Staat durch ein breit gefächertes und kostengünstiges Kinderbetreuungssystem entschärft. Junge Familien wurden bei einer allgemeinen Wohnungsknappheit bei der Wohnungsbeschaffung unterstützt, und die Kinderkosten sind durch Subventionierung der Preise für Kinderwaren und Kind bezogene Dienstleistungen niedrig gehalten worden. Die sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen haben insgesamt gesehen die frühe Gründung einer Familie gefördert. Auf dieser Basis entstand die Dominanz des Familienmodells mit zwei Kindern.

Viertens werden aus soziologischer Sicht die starken Orientierungen auf Familie mit den eingeschränkten Alternativen bezüglich der Wahl des Lebensverlaufs erklärt, die zur Familienbildung in Konkurrenz stehen. Bei reduzierten Wahlmöglichkeiten wird die Auswahl der Biographieoption ‚Familiengründung' wahrscheinlicher. Dies wurde in den sozialistischen Gesellschaften auch dadurch begünstigt, dass die Entscheidungen über den Biographieverlauf durch ein hohes Maß an sozialer Sicherheit (zugesicherte Ausbildung, Vollbeschäftigung, kostengünstige Grundversorgung, gesichertes Einkommen) gestützt waren. Angesichts der hohen Sicherheit für das zukünftige Leben ist den Menschen die Entscheidung für unumkehrbare oder kaum rückgängig zu machende Ereignisse wie Geburt von Kindern und Heirat erleichtert worden.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Staat eine große Verantwortung für die Familien übernommen hatte und auf diesem Weg die soziale Institution Ehe/Familie gestützt hat. Drei Faktoren haben zum Konservieren der Familienbildungsmuster der 1960er Jahre beigetragen. Erstens: Mit dem Ziel, die Gleichberechtigung der Geschlechter zu erreichen, ist für Frauen das Vereinbaren von Familie und Erwerbstätigkeit vor allem durch ein ausgebautes System der staatlichen Kinderbetreuung erleichtert worden. Anzumerken ist, dass dabei kaum Wahlfreiheit bestand. Frauen waren de facto zum Vereinbaren ‚gezwungen'. Zweitens konnte Familienbildung bei einem hohen Maß an sozialer Absicherung stattfinden. Drittens ist durch den Staat ein erheblicher

Teil der Kinderkosten übernommen worden. Der Pronatalismus der DDR mit dem Ziel der Geburtenförderung war nicht erfolgreich. Die Konstruktion der Gesellschaft hat aber dazu geführt, dass nur wenige kinderlos geblieben sind. Dies ist als die wesentliche Ursache für das etwas höhere Geburtenniveau der DDR im Vergleich zu Westdeutschland zu sehen.

5. Das Verhalten nach dem Ende der DDR

Diese Bedingungen sind mit dem Ende der DDR schnell verschwunden, und mit ihnen lösten sich die traditionellen Muster der Familienbildung auf. Es darf aus der heutigen Sicht angezweifelt werden, ob diese Situation noch längere Zeit fortbestanden hätte. Die Sozialpolitik der DDR war nicht durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Staates gedeckt. Die Politik der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in den 80er Jahren preisgegeben worden und hätte mit ihrem Ende auch die Muster der Familienbildung verändert.

Die Menschen in der ehemaligen DDR haben 1990 gleichzeitig, überraschend schnell und außerordentlich heftig auf den Austausch aller sozialen Institutionen reagiert. Das Heirats-, Geburten- und Scheidungsniveau erreichte zu Beginn der 90er Jahre Tiefstwerte (Abb. 1).

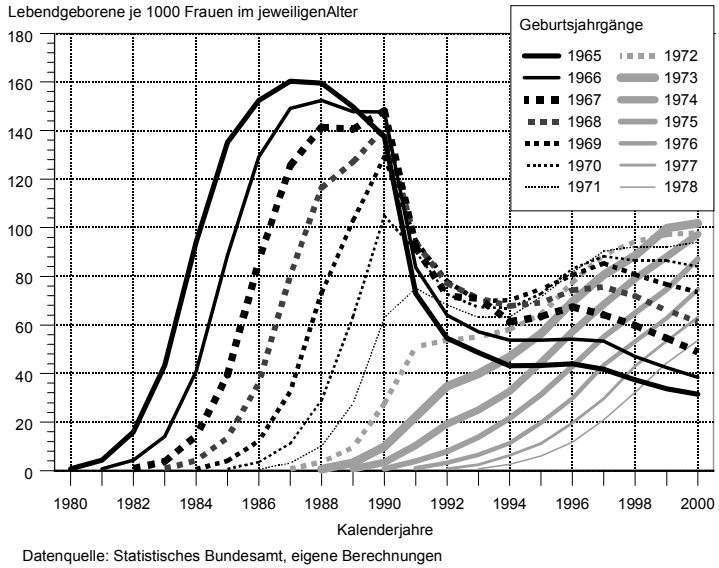

Abb. 3: Altersspezifische Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge 1965–1978

Die Reaktion der Bevölkerung im Familienbildungsalter auf das Ende der DDR ist altersspezifisch unterschiedlich ausgefallen (Dorbritz/Philipov 2002: 391). Drei Gruppen lassen sich unterscheiden.

Erstens sind das die Geburtsjahrgänge, die das Ende des Sozialismus erlebten, als ihre Familienbildungsphase bereits weit voran geschritten war bzw. kurz vor dem Abschluss stand. Das waren in Ostdeutschland etwa die Geburtsjahrgänge 1960–1966. Diese Jahrgänge haben auf den Systemwechsel mit einem Stoppverhalten reagiert. Die Geburtenbiographien sind in ihrer Endphase abgebrochen und später nicht wieder aufgenommen worden. Dieses Reaktionsmuster ist insbesondere in Ostdeutschland ausgeprägt.

Zweitens haben wir es mit einigen wenigen Geburtsjahrgängen zu tun, die vom Systemwechsel zu Beginn ihrer Familienbildungsphase überrascht wurden. Sie folgten zunächst dem typischen Muster der frühen Geburt der Kinder. Dann sinkt mit dem einsetzenden Systemwechsel die Geburtenhäufigkeit. Zunächst wurde ebenfalls mit einem Stoppverhalten reagiert. Einige Jahre später werden dann aber Geburten nachgeholt, wenn auch nur in einem geringen Ausmaß. Dies sind in Ostdeutschland die Geburtsjahrgänge 1967 bis 1972. Man kann sie auch als die demographischen Verlierer des Endes des Sozialismus bezeichnen, da sie ihren ursprünglich geplanten Familienbildungsbiographien nicht mehr folgen konnten. Und da die Nachholeffekte begrenzt zu bleiben scheinen, haben wir es mit Generationen zu tun, die relativ wenige Kinder haben und die im späteren Lebensalter nur über einen eingeschränkten Familienkontext verfügen werden.

Drittens sind es die die jüngeren Geburtsjahrgänge, die in den 90er Jahren erst in die Familienbildungsphase eingetreten sind, die mit einem veränderten Altersmuster, der späteren Geburt der Kinder, auf den Transitionsprozess reagiert haben. Die altersspezifischen Geburtenziffern steigen langsam an und erreichen nur niedrige Gipfelwerte. In Ostdeutschland trifft das für die Geburtsjahrgänge ab 1973 zu.

Die verschiedenen Geburtsjahrgänge haben also in hohem Maß gleichzeitig, altersspezifisch jedoch mit verschiedenen Verhaltensmustern, Stoppverhalten, Timing und Altersmustertransformation, auf den Systemwechsel reagiert.

In diesem Zusammenhang ist die These entwickelt worden, dass die Menschen in Ostdeutschland dem von ihnen nicht kontrollierbaren schnellen sozialen Wandel Stabilität in der familialen Situation entgegensetzten, kaum noch heirateten, fast keine Kinder mehr bekamen und sich auch nicht mehr scheiden ließen. Dieser These ist aus der heutigen Sicht nicht mehr uneingeschränkt zuzustimmen. Sie gilt zumindest nicht für die Scheidungshäufigkeit

(Abb. 4). Es mag sein, dass die Euphorie in der Wendezeit eine Zeit lang eheliche Konflikte gedämpft hat. Der Rückgang der Scheidungshäufigkeit ist aber in erster Linie durch die Übertragung des westdeutschen Scheidungsrechts und das damit vorgeschriebene Trennungsjahr entstanden. Für diese Annahme spricht auch der schnelle Wiederanstieg in der zweiten Hälfte der 90er Jahre.

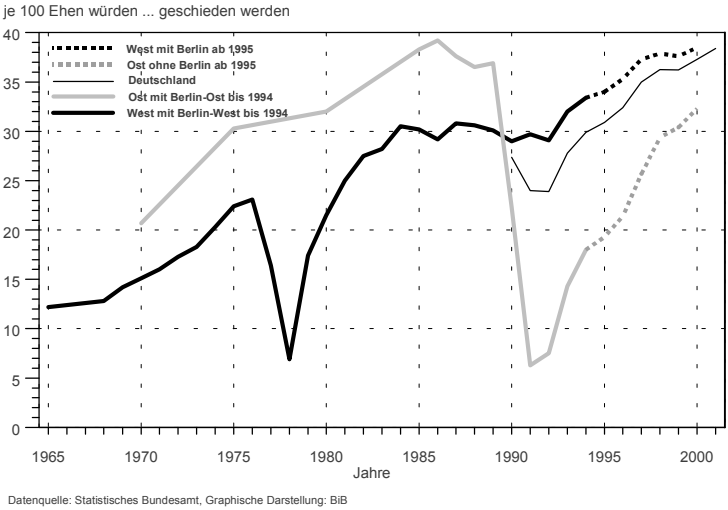

Abb. 4: Zusammengefasste Ehescheidungsziffern in Deutschland, 1965–2001

Eine andere Annahme ist für die Familienbildung zutreffend. Der Transitionsprozess in diesen Ländern ist in seiner Gesamtheit gesehen der Übergang von einer sozialistischen geschlossenen Gesellschaft in eine marktwirtschaftlich organisierte Demokratie. Davon sind alle gesellschaftlichen Bereiche betroffen. Für die Individuen stellt sich dieser Übergang als weitgehender Austausch aller sozialen Institutionen mit zwei Folgen für die Handlungsorientierungen dar. Einerseits ist anzunehmen, dass die Auflösung traditioneller Werte mit einem verstärkten Individualismus verknüpft ist, von dem aus Heiraten und Kinder haben neu bewertet und als weniger erstrebsam angesehen werden (Höpflinger 1987: 43). Andererseits bedeutet dies eine Schwächung der normativen Selbstregelung der Gesellschaft und Orientierungsverluste für die Individuen. Die sozialen Bindungen und Netzwerke verändern sich grundlegend. Ein solcher Zustand wird als soziale Anomie bezeichnet. Die soziale Anomie zerstört die Orientierungsmöglichkeiten an Normen und

Werten, Lebensentscheidungen müssen getroffen werden, ohne dass man auf den Staat oder die Gesellschaft zurückgreifen kann. Die Auflösung der traditionellen Werte bringt es mit sich, dass ökonomische Rationalität auf die Familiengründung übertragen wird. Kinder werden verstärkt aus der Sicht der Kinderkosten, der Risiken für den eigenen Lebensstandard, der sozialen Sicherheit, die berufliche Karriere oder als die Mobilität hemmender Faktor gesehen.

Die Summe der individuellen Verunsicherungen, ausgelöst durch Existenzängste und die Fremdheit in dem neuen sozialen System, haben in der Wendezeit den starken Geburtenrückgang ausgelöst. Die Bevölkerungswissenschaftler haben sich in diesem Zusammenhang in ihren Voraussagen zweimal geirrt. Erstens hatte keiner den tiefen Fall der zusammengefassten Geburtenziffer geahnt. Zweitens ist in aller Regel ein schneller Annäherungstrend an die westdeutschen Verhaltensmuster angenommen worden, der nicht eingetreten ist. Ausgeblieben ist das Nachholen von Geburten, das häufig nach Geburtentiefs zu beobachten ist. Zudem sind die Lebensumstände in West- und Ostdeutschland noch so verschieden, dass sich auch die jüngeren Geburtsjahrgänge nicht gleich verhalten.

Eine Annäherung an die westdeutschen Muster der Familienbildung zu erwarten, war die logische Annahme, orientieren doch die sozialen Institutionen in beiden Teilen Deutschlands das Verhalten in gleicher Weise. Bei Alter der Eheschließung und der Geburt der Kinder ist dies auch eingetreten. Daher war es sehr überraschend, dass sich die Verhaltensmuster beim Anteil der Kinder, die von unverheirateten Müttern geboren werden, so stark unterscheiden. In Westdeutschland polarisiert die Institution Ehe/Familie. Es wird eine Entscheidung getroffen zwischen Heiraten und Kinder haben auf der einen und Ledig- und Kinderlosbleiben auf der anderen Seite mit dem Ergebnis, dass der Anteil von unverheirateten Müttern geborener Kinder relativ niedrig ist. In Ostdeutschland beträgt er inzwischen mehr als 50 %. Als Ursache dafür, dass der Schutz der Institution nicht in Anspruch genommen wird, sind pragmatische Gründe (die Möglichkeit, Sozialhilfe zu erhalten) und nicht eine differenzierte Verhaltenssteuerung zu vermuten.

Literaturverzeichnis

Cromm, Jürgen, 1998: Familienbildung in Deutschland. Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden, 642 S.

Dorbritz, Jürgen; Fleischhacker, Jochen, 1995: Der Übergang von der Bevölkerungs- zur Familienpolitik in den neuen Bundesländern – ein Beitrag zum familienpoliti-

schen Diskurs in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 2, Verlag Leske + Budrich, Opladen, S. 159–185

Dorbritz, Jürgen; Philipov, Dimiter, 2002: Der Wandel in den Mustern der Familienbildung und der Ehescheidungen in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas – Die Folgen des Austausches der Wirtschafts- und Sozialordnung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 2, Verlag Leske + Budrich, Opladen, S. 391–418

Höpflinger, Francois, 1987: Wandel der Familienbildung in Europa. Frankfurt/New York: Campus Verlag, 295 S.

Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, 1996: Partnerschaft–Ehe–Familie, Ansichten und Einsichten. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 2, Harald Boldt Verlag im R. Oldenbourg Verlag, München, S. 111–130

Lepsius, Rainer, 1991: Ein unbekanntes Land, Plädoyer für soziologische Neugierde. In: Giesen, Bernd; Leggewie, Claus (Hrsg.): Experiment Vereinigung, Ein sozialer Großversuch. Rotbuch Taschenbuch 35, Berlin, S. 71–76

Manz, Günter; Winkler, Gunnar (Hrsg.), 1988: Sozialpolitik. Verlag Die Wirtschaft, Berlin, 327 S.

Probleme der demographischen Entwicklung bei der weiteren Gestaltung der entwikkelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR (Thesen), 1979: Wirtschaftswissenschaft, Heft 7/1979, Berlin,

Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 1976: Dietz Verlag, Berlin, 78 S.

Schneider, Norbert, 1994: Familie und private Lebensführung in West- und Ostdeutschland. Eine vergleichende Analyse des Familienlebens 1970–1992, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart, 334 S.